

# Nur nicht das G-Wort

Im Internet entsteht eine Enzyklopädie über Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts. Den Ausdruck „Völkermord“ meidet sie

Raphael Lemkin war der wohl düsterste Prophet des 20. Jahrhunderts, und seine Zeit hat es ihm nicht gedankt. Keine Biographie beschreibt sein bescheidenes Leben, sein Nachlass passt in ein paar Kartons, sein Name ist nur Experten bekannt. Dabei hatte der polnische Staatsanwalt, der 49 Familienmitglieder im Holocaust verlor und 1939 nach New York emigrierte, der Rechtsgeschichte einen folgenschweren Begriff geschenkt: Genozid.

1933 bereits hatte Lemkin vor einem Massenmord aus religiösen, ethnischen oder sozialen Motiven gewarnt, 1944 seine Ideen als Buch veröffentlicht. Als 55 Staaten im Jahr 1948 der UN-Konvention zum Völkermord zustimmten, stammten die Formulierungen aus seiner Feder: Völkermord bedeutet danach eine Handlung, die „in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche“ zu zerstören. Liegt ein solches Verbrechen vor,

sind die Mitgliedsstaaten zu dessen „Verhütung und Bestrafung“ verpflichtet. Von allen denkbaren Verbrechen, selbst Staatsverbrechen, löst einzig diese Zuordnung einen völkerrechtlichen Automatismus aus.

Der Holocaust war ein Genozid, ebenso wie die Ermordung der Armenier. Aber was ist mit der Auslöschung der Indianer? Was mit Darfur, wo der damalige Außenminister Joschka Fischer in eisigem Diplomaten-Deutsch „genozidales Potential“ erkannte – aber keinen Genozid? Es sind solche Fragen und ihre Konsequenzen, die die nun geplante Online-Enzyklopädie zu einem hochbrisanten historischen Onlineprojekt machen. Und es sind solche Überlegungen, die ihren Initiator Jacques Semelin dazu bewogen haben, die Webseite *www.massviolence.org* zu nennen: „Wir vermeiden den Begriff Genozid“, sagt Semelin, Politikwissenschaftler am französischen Studienzentrum für internationale Forschung

(Ceri): „Wir spielen ohnehin mit Dynamit.“ Bis Ende des Jahres will er im Internet eine unbestechlich seriöse, aber niedrigschwellige Quelle für Informationen über die Massenmorde des 20. Jahrhunderts aufbauen, ausgehend von den schlimmsten Fällen: Holocaust, Ruanda, die Toten des Stalinismus, die Killing Fields der Roten Khmer, die ermordeten Armenier, aber auch weniger bekannte Fälle wie in Sierra Leone.

Renommierte Genozid-Forscher aus Amerika und Europa sollen Länderstudien und einen chronologischen Index erstellen, weiße Flecken der Forschung offenlegen, aber auch unterschiedliche Interpretationen darlegen – unter anderem darüber, ob es sich bei dem Verbrechen um einen Völkermord handelt. „Es soll ein akademisches Projekt werden, keine Seite für Aktivisten: Wir sind das Gegenteil von Wikipedia“, sagt Semelin: „Wir werden uns nicht politisch instrumentalisieren lassen.“

In Amerika ist die Genozid-Forschung längst eine etablierte Disziplin. In Deutschland hingegen stand sie lange unter dem Verdacht, sie marginalisiere in der Konsequenz den Holocaust. Insofern begrüßt Mirhan Dabag, Professor am Bochumer Institut für Diaspora- und Genozidforschung, das Internetprojekt, hält einen rein historischen Ansatz aber für verschenkt: Während die historische Genozidforschung das Verbrechen erst ex post verstehe und einen Beitrag zur Prävention eher skeptisch sehe, so Dabag, untersuche die „strukturvergleichende“ Forschung Ideologien oder Mobilisierungen, um die Ursachen kollektiver Gewalt offenzulegen und „so zur Prävention beizutragen“.

Aber viele dieser Fragen sind wohl noch nicht endgültig entschieden. Das Hamburger Institut für Sozialforschung, so ist seit wenigen Tagen klar, wird ebenfalls zu den Partnern und Finanziers der Seite gehören, neben dem Politikwissen-

schaftlichen Institut der Pariser Universität und der französischen Stiftung für die Erinnerung an die Shoah. Der Jurist Gerd Hankel, der für das Hamburger Institut seit vier Jahren in Ruanda arbeitet und dem Planungsausschuss der Webseite angehört, teilt die Vorbehalte gegen das „G-Wort“: „Juristisch ist dieser Begriff so eng gefasst, dass vieles herausfällt“: In Ruanda wurden große Gruppen von ihren eigenen Leuten umgebracht, sind damit nicht Opfer eines Genozids nach der Konvention von 1948. In Darfur stellte die UN fest, dass kein Völkermord vorliegt: „Danach ist das Interesse der Öffentlichkeit rapide gesunken“, so Hankel. Er jedenfalls sei ziemlich sicher, dass man nicht „schön in historisierender Sichtweise“ verharren, sondern auch den Bogen zu aktuellen Fällen schlagen werde: Hinter dem Vergleich historischer Fälle stehe die Frage nach der Vorbeugung: „Dieser Punkt ist zentral.“

SONJA ZEKRI